

PM zum Bürgerentscheid „Wollen Sie einen Großschlachthof in Bernburg“

Außergewöhnlicher Erfolg für die Demokratie – Schlachthofkritiker freuen sich über starkes Signal an die Politik: 84 % stimmen gegen einen Großschlachthof.

Unter den schwierigen Umständen ist die erreichte hohe Wahlbeteiligung von 24 % sehr erfreulich und das Ergebnis ein extrem starkes Signal an Stadtrat und Stadtverwaltung.

Die Bürgerinnen und Bürger Bernburgs waren an diesem Sonntag zum dritten Mal in kurzer Folge an die Wahlurnen gerufen worden. Im Vergleich zur Landratsstichwahl vor 3 Wochen haben deutlich mehr Bürger ihr Votum abgegeben.

Nach dem Rückzug des Investors wurde den Bernburgern vermittelt, dass sich das Thema nun erledigt hätte. Über 24% der Bevölkerung glaubten dies nicht und ließen es sich nicht nehmen, ihre Stimme abzugeben.

Auch wenn das Quorum von 25 % Ablehnung des Schlachthofes nicht ganz erreicht ist, ist das Ergebnis ein eindeutiges politisches Votum gegen ein solches Projekt. Die Bürgerinnen und Bürger Bernburgs wollen über ein derart umstrittenes Vorhaben mit abstimmen und haben damit ihren erhebliche Bedenken über die Auswirkungen auf die Stadt und die Bevölkerung Ausdruck verliehen.

Ein deutlicher Bürgerwillen von 84 % Ablehnung zeigt eindeutig, dass eine signifikante Anzahl der Wahlberechtigten Bernburgs gegen einen solchen Megaschlachthof ist.

Der Stadtrat hat jetzt in der Sitzung am 10. Juli die Möglichkeit, diesem klaren Bürgerwillen und der Zielstellung des Bürgerbegehrens zu entsprechen. Die Idee eines Großschlachthofes in Bernburg sollte für immer ad acta gelegt werden. Die Bürgerinitiative würde ein entsprechendes Statement des Oberbürgermeisters Henry Schütze und des Stadtrates sehr begrüßen.

Zum Hintergrund:

Ausgangspunkt für das Bürgerbegehren war der Plan des italienischen Investors Pini, in Bernburg einen Megaschlachthof für 26.000 Schweineschlachtungen täglich zu bauen. Am 10 Juni hatte der Investor verkündet, sich vom Projekt zurückzuziehen und anderswo nach einem Standort zu suchen. Als Begründung gab er den Widerstand in der Bevölkerung an, sicherlich hatte auch die Absage von Fördermittelgeldern eine wichtige Rolle gespielt.

Wochenlang hatte die Bürgerinitiative ‚Keine Schweinerei‘ und viele engagierte Bürger Bernburgs, Infostände, öffentlichen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen organisiert, um sich und die Öffentlichkeit zu informieren und eine ausführliche und sachliche Diskussion zu ermöglichen. Die Initiative hatte sich u.a. ausführlich mit dem Investor Pini Bresaole und den Zuständen in seinen polnischen Megaschlachthöfen und den negativen Folgen für die betroffenen Kommunen beschäftigt. Gemeinsam mit Gewerkschaften wurden auch die Arbeitsbedingungen in der Schlachthofbranche

thematisiert, wo tausende von Wanderarbeitern unter menschenunwürdigen Bedingungen für einen Hungerlohn arbeiten müssen.

Viele Wähler waren überzeugt, dass ein Schlachthof in diesen Dimensionen für Mensch und Tier unhaltbar ist und kaum Vorteile für Bernburg und den hiesigen Arbeitsmarkt bringt.

Die Tourismus- und Industriestadt Bernburg hat viel bessere Entwicklungschancen und auch die Industrieansiedlungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass eine hochwertigere Wirtschaftsentwicklung möglich ist.

Zu ähnlichen Betrachtungen des wirtschaftlichen Konzeptes kamen auch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt und die Landesentwicklungsgesellschaft Thüringens.

O-Töne

Konstantin Müller:

„Das Votum ist ein riesen Erfolg, das Ergebnis eindeutig: ein großer Teil der Bernburger will keinen Megaschlachthof. In Bayern wäre dieses Begehren schon mit den erreichten 21 % Zustimmung erfolgreich aufgrund der unterschiedlichen Gesetzgebung. Das Quorum liegt dort und in zahlreichen anderen Bundesländern bei 20 %, bei uns in Sachsen-Anhalt leider bei 25 %. Hätte Pini die Email mit der Absage nicht geschickt, wären noch einmal deutlich mehr Bürger zur Abstimmung gegangen.“

Der Stadtrat sollte nun souverän den Wählerwillen respektieren, der mit 84 % mehr als eindeutig ausfällt. Dann können sich alle Beteiligten von der hitzigen Debatte erholen und wieder ruhiger miteinander umgehen. Daß ein solches Megaprojekt polarisiert liegt wohl in der Natur der Sache. Starke Diskussionen sind ein Merkmal für gesunde demokratische Kultur und Aushandlungsprozesse. Ab jetzt dürfen auch wieder ruhigere Zeiten kommen.“

Hannelore Nickel:

„Aufgrund der schlechten Voraussetzungen, die die Absage des Investors mit sich brachte, ist der Bürgerentscheid trotzdem sehr erfolgreich ausgefallen. Immerhin konnten wir mehr Wähler mobilisieren als zur Landratsstichwahl.“

Für mich ist das nicht demokratisch, wenn die Messlatte für die Gültigkeit eines Bürgerentscheides bei 25% liegt, aber ein Landrat mit weniger als 10 % Beteiligung gewählt werden kann.

Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat nicht umhin kommt, dieses klare Signal zu respektieren.“

